

die schulischen Verhältnisse im Vordergrund stehen. In Louisenthal gab es eine katholische Kirche (seit 1865) sowie eine katholische Schule.

Am 6. März 1945 flüchteten die meisten Lübziner vor der Roten Armee, die am 9. März den Ort einnahm, über den Dammschen See nach Stettin und von dort weiter nach Westen. Wer im Dorfe verblieb, wurde nach dem Osten verschleppt. Die wenigen, die eine Rückkehr versuchten, erfaßte bald die allgemeine Vertreibung.

Dem darstellenden Teil läßt K. mehrere Anhänge folgen, deren erster der Frage nachgeht, ob das in den Otto-Viten genannte „Liubin/Lubinum“, wo Bischof Otto eine Kirche gegründet hat, mit Lübzin identisch sei, und sie vorsichtig bejaht (die Auffassung, es sei Lebbin gemeint, hat m. E. trotz der beachtlichen Argumente K.s nach wie vor mehr für sich). Der zweite Anhang enthält eine Zusammenstellung der Lübziner Flurnamen, wobei K. sich vor allem auf die Erinnerung von Lübzinern und eigene Kenntnisse stützt. Der dritte Anhang bietet – dem Familienforscher willkommen – mehrere Einwohnerverzeichnisse, u. a. die Gemeindefliste nach dem Stande von 1939, sowie die Liste der Pastoren. Der vierte Anhang besteht aus acht tabellarischen Übersichten, welche die Aufteilung des Bodens auf die verschiedenen Besitzergruppen, die Entwicklung der Einwohner- und der Gebäudezahl, die Berufsgliederung u. dgl. vor Augen führen. Wiedergaben von Ausschnitten aus Karten – auch handgezeichneten – und von alten Fotos bilden den fünften Anhang und runden das wertvolle, unsere Kenntnisse von der pommerschen Sozialgeschichte bereichernde und vertiefende, flüchtig geschriebene Buch ab, dessen besondere Bedeutung darin liegt, daß es sich in ausgedehntem Maße auf Archivalien aus dem Stettiner Wojewodschaftsarchiv stützt.

Heidelberg

Rudolf Benl

**Ingrid Mittenzwei, Erika Herzfeld: Brandenburg-Preußen 1648 bis 1789.** Das Zeitalter des Absolutismus in Text und Bild. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1987. (Vom Verlag der Nation/DDR genehmigte Lizenzausgabe.) 441 S., zahlr. Abb. u. Taf. i. T.

Die vorliegende Veröffentlichung will „die Entwicklung Brandenburg-Preußens in die Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus sowie in die großen Zusammenhänge europäischer Geschichte einordnen“. Nur so bietet sich „die Chance, den preußischen Absolutismus nicht als Sonderfall zu behandeln, zugleich aber seine tatsächlichen Besonderheiten, vor allem seinen militaristischen Charakter klar herauszuarbeiten“. Hier zeigt sich, daß es den Vf.innen nicht um eine sachliche Wertung der Geschichte Brandenburg-Preußens, die nur in ihrer ganzen Komplexität zu erfassen ist, geht, sondern daß sie einseitig Brandenburg-Preußen als militaristischen Staat skizzieren wollen. Daneben betonen sie ihre Absicht, „die im spätfeudalen Brandenburg-Preußen lebenden Klassen und Schichten, ihre Beziehungen zueinander und zum Staat, ihre Lebensverhältnisse und – soweit es sich um Bauern und Bürger handelt – ihre Kämpfe“ eingehend zu betrachten. Hier werden Grundsätze der marxistischen Geschichtsauffassung auf die Verhältnisse der frühen Neuzeit übertragen, die keine Klassen, sondern nur Stände kannte, die ihren festen Platz in der damaligen Gesellschaft hatten.

Das in drei Teile gegliederte Werk beginnt mit dem „Werden des absolutistischen Staates“ in Brandenburg-Preußen zur Zeit des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm. Zu dem Hinweis, daß nach dem Dreißigjährigen Krieg eine neue Epoche in der europäischen Geschichte begann, die „durch den weiteren Vormarsch der bürgerlichen Kräfte und das Nebeneinander zweier Gesellschaftsordnungen charakterisiert wurde“, ist zu ergänzen, daß sich das nur auf den wirtschaftlichen Bereich bezieht. Auf politischer Ebene verfestigte sich nach 1648 die fürstliche oder sonstige obrigkeitliche Zentralgewalt bei gleichzeitiger Zurückdrängung der Stände. Von einer Machterweiterung des Bürgertums kann hier nicht die Rede sein. Dieser Prozeß begann erst mit der Französi-

schen Revolution und setzte sich in den Ereignissen der Jahre 1830 und 1848 fort. Überzogen ist auch die Behauptung, der Dreißigjährige Krieg sei eine Zeit des Völkermordens gewesen. Hier wird ein Begriff des 20. Jahrhunderts auf eine Epoche übertragen, die die Kriegführung unter ganz anderen Aspekten, z. B. konfessionellen und territorialen, betrieb. Im folgenden werden die Innen- und Außenpolitik des Großen Kurfürsten betrachtet, wobei betont wird, daß sich der Wiederaufbau in Brandenburg-Preußen „unter den Bedingungen einer feudalherrlichen Offensive“ vollzogen habe. Der Leser muß den Eindruck gewinnen, daß Bauernaufstände gegen den Adel und den hinter diesem stehenden Landesherrn an der Tagesordnung waren, obwohl es in Wirklichkeit nur sporadisch zu Unruhen unter der bäuerlichen Bevölkerung kam, die nichts mit Fronstreik oder Klassenkampf gemein hatten, sondern auf den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen und der zunehmenden Bindung der Bauern an die Scholle beruhten. Zu ergänzen ist, daß die Bauern nicht generell von der Korporation der Stände ausgeschlossen waren. So gehörten z. B. im Herzogtum Preußen die über ländlichen Grundbesitz verfügenden Kölmer und Freien der Ritterschaftskurie an. Mit Recht unterstreichen die Vf.innen das partikularistische Interesse der Stände in den einzelnen Teilen des Hohenzollernstaates. Hierzu ist zu bemerken, daß es zur Zeit des Großen Kurfürsten einen Gesamtstaat Brandenburg-Preußen erst in Ansätzen gab und die Stände auch in einem Territorium – beispielsweise im Herzogtum Preußen – wegen der voneinander abweichenden Interessen der einzelnen Kurien häufig nicht geschlossen auftraten. Im Fall des Königsberger Schöppenmeisters Roth fehlt der Hinweis, daß das von diesem in Anspruch genommene Widerstandsrecht gegen den Landesherrn von der Mehrheit der Stände nicht bejaht wurde. Nicht korrekt ist die Feststellung, der Absolutismus und mit ihm die Zentralisierung des Landes sowie der Aufbau eines modernen Staatswesens seien in Brandenburg-Preußen um den Preis der Unterdrückung freier Bürgergemeinden entstanden. Freie Bürgergemeinden gab es in Brandenburg-Preußen schon vor der Zeit des Großen Kurfürsten nicht mehr. Friedrich Wilhelm strebte keine Unterdrückung der Bürger und der anderen Stände an. Er wollte die ständische Mitsprache nicht grundsätzlich beseitigen, sondern suchte mit oder gegen die Stände seine Ziele, d. h. die Selbstbehauptung von Dynastie und Territorien durch eine an gleichen Maßstäben orientierte Außenpolitik, was nur ein durch regelmäßige Steuern finanziertes Heer gewährleisten konnte, durchzusetzen. Unzulässig erscheint die Verbindung „Absolutismus und Krieg“, da beide Begriffe nicht kausal miteinander in Verbindung stehen. Auch die Behauptung, daß die Fürsten überall den von den Bürgern und Bauern erarbeiteten Reichtum für repräsentative und machtpolitische Zwecke verschwendeten, ist in dieser Verallgemeinerung nicht aufrechtzuerhalten.

Der zweite Teil unter dem Titel „Der Ausbau des Feudalabsolutismus“ behandelt die Regierung Friedrichs III./I. und Friedrich Wilhelms I. Während ersterer als ein Regent bezeichnet wird, dem die Nachahmung des französischen Hofes beinahe zum einzigen Lebensinhalt geworden sei, sehen die Vf.innen als wichtigste Schwerpunkte der Regierung des Soldatenkönigs die Militarisierung der Gesellschaft und den Ausbau der Militärdespotie, dem der Rezensent in dieser Formulierung nicht zustimmen kann. Sicherlich bildete die Verstärkung des stehenden Heeres einen wichtigen Ansatz für alle von diesem König durchgeführten Finanz- und Verwaltungsreformen, von einer fortschreitenden Militarisierung der Gesellschaft und dem Ausbau der Militärdespotie kann indes keine Rede sein. Letztlich verhinderten die militärischen Reformmaßnahmen Friedrich Wilhelms, daß Brandenburg-Preußen erneut zum Spielball auswärtiger Mächte und Tummelplatz fremder Kriegsvölker wurde, wie das noch im Nordischen Krieg der Fall war. In den langen Friedensjahren dieses Königs konnten durch eine straffe Zentralisierung der Verwaltung, die Verbesserung der Finanzen, die Repeuplierung der durch Krieg und Pest entvölkerten Landstriche und eine merkantilistische

Wirtschaftspolitik, die die Bedürfnisse der Bevölkerung durch heimische Erzeugnisse zu decken suchte, die Lage der unteren sozialen Schichten verbessert werden. Der Adel wurde stärker in den Dienst des Staates gestellt und als Unruhefaktor, der er in früheren Zeiten häufig gewesen war, ausgeschaltet. Maßgebend für Friedrich Wilhelm war vor allem seine Verantwortung vor Gott, was seinem Regierungsstil bei allem scheinbar despotischen Charakter eine moralische Note verleiht. Vom einfachsten bis zum höchsten seiner Untertanen forderte er Pflichterfüllung, was nicht mit Militärdespotie gleichgesetzt werden kann. Die Vf. innen sprechen dagegen immer wieder von den „Schattenseiten“ der Regierung Friedrich Wilhelms, der fortschreitenden Bürokratisierung und Rechtlosigkeit der Gesellschaft, den Auswüchsen der Werbung, der Einführung von Kompaniewirtschaft und Kantonsystem, die als Grund für die Militarisierung des preußischen Staates bezeichnet wird, sowie der schlechten Lage der Bauern. Gewiß werden viele Maßnahmen Friedrich Wilhelms heute mißverstanden, sie können indes nur aus den damaligen Zeitverhältnissen heraus beurteilt werden, und da muß mit Fug und Recht gesagt werden, daß dank den einschneidenden Reformen dieses Königs in vielen Bereichen die Lage der Bauern und Bürger in seinen Landen besser gewesen ist als in anderen Territorien des Heiligen Römischen Reiches.

Der dritte Teil „Der aufgeklärte Absolutismus“ beschäftigt sich mit der Regierung Friedrichs des Großen, der in dem vorliegenden Buch immer als „Friedrich II.“ bezeichnet wird. Für die Vf. innen stellen die Abschaffung der Folter und das Verbot grausamer Hinrichtungsarten am Beginn der Herrschaft Friedrichs keinen verheißungsvollen Neubeginn dar. Schon bald zeigten sich nach ihrer Ansicht mit dem Einfall in Schlesien die bösen Folgen des militaristischen Systems, das bis dahin die inneren Verhältnisse geprägt hatte und sich von nun an auch gegen andere Staaten richtete. Durch die Eroberung Schlesiens sei das Gleichgewicht in Europa nachhaltig gestört worden, wobei mit Recht darauf hingewiesen wird, daß vor allem die Konvention von Westminster mit ihrer völligen Umkehrung des bisherigen Bündnissystems zum Ausbruch des Siebenjährigen Kriegs führte. Zur Verzerrung des Bildes trägt die Behauptung bei, Friedrich habe einen erheblichen Teil seiner Kriegskosten dadurch gedeckt, daß er unterworfenen und neutrale Länder bestohlen habe. In Wirklichkeit erpreßten auch die anderen kriegführenden Staaten, wie z. B. Frankreich in der Landgrafschaft Hessen, aus besetzten Territorien Kontributionen in Millionenhöhe. Weitere Gegenstände der Betrachtung sind die Peuplierungspolitik Friedrichs im Oderbruch, die gewerbliche Wirtschaft, der Ausbau Berlins zum Mittelpunkt des geistig-kulturellen Lebens, das Retablisement nach dem Siebenjährigen Krieg, die Fortschritte in der Landwirtschaft, die Justiz- und Verwaltungsreformen und der Anteil Preußens an der Ersten Teilung Polens, ohne dabei allerdings genügend zu betonen, daß der entscheidende Grund für die erste und alle weitere Teilungen Polens in der inneren Schwäche der Adelsrepublik zu suchen ist.

Mit dem Ausbruch der Französischen Revolution, d. h. drei Jahre nach Friedrichs Tod, schließt das Buch ab, da nach ihr die Welt nicht mehr die gleiche war. „Die Herrschaft der Bourgeoisie brach an, die ... alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstörte ... und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrigließ als das nackte Interesse, als die gefühllose bare Zahlung.“ Dieses Zitat wie viele andere verdeutlicht, in welchem Maße die Vf. innen bei der Behandlung der Geschichte Brandenburg-Preußens von der marxistischen Geschichtsphilosophie ausgehen. Für sie erbrachte der Absolutismus in Preußen allenfalls ein Mehr an materieller Kultur. Als böse Hinterlassenschaft des Absolutismus bezeichnen sie den „bis ins 20. Jahrhundert hinein existierenden preußisch-deutschen Militarismus mit seiner Bereitschaft zur Eroberung fremder Länder und der Unterdrückung des eigenen Volkes“, eine These, der sich der Rezensent nicht anschließen kann.